

**Beschluss des Initiativkreises
„Zusammenhalt der Generationen“
am 6. Mai 2009 im Konrad-Adenauer-Haus
in Berlin**

Inhalt

I. Der Zusammenhalt der Generationen	3
1. Demografischer Wandel	3
2. Das Miteinander der Generationen	4
3. Unser Altersbild	5
4. Umgang der Generationen miteinander	6
II. Soziale Marktwirtschaft als Ordnungsrahmen	6
1. Die Finanzkrise als Vertrauensfrage für Wirtschaft und Staat	6
2. Soziale Marktwirtschaft und globale Ordnung	7
3. Unternehmertum in Deutschland	8
4. Politik und Staat als Hüter der Ordnung	9
5. Mittelstand – Rückgrat unserer Wirtschaft	11
III. Eine Politik für alle Generationen	12
1. Soziale Sicherheit für alle erhalten	12
2. Sicherheit im Alter	14
3. Gesundheit für alle	14
4. Verbesserung der Pflege	15
5. Für eine nachhaltige Familien- und Bildungspolitik	16

Union der Generationen: Gut für jung und alt

I. Der Zusammenhalt der Generationen

Die Christlich Demokratische Union ist die Partei, die den Zusammenhalt der Generationen als eines der entscheidenden gesellschaftspolitischen Ziele benennt und dazu auch in ihrem Grundsatzprogramm Stellung nimmt.

Der Initiativkreis „Zusammenhalt der Generationen“ hat den intensiven Dialog zwischen den Älteren und Jüngeren in der CDU genutzt, um Perspektiven für unsere Gesellschaft zu entwerfen. Denn die Herausforderungen, mit denen unser Land und unsere Gesellschaft konfrontiert werden, können wir nur gemeinsam meistern. Unser Bild von der Zukunft ist eine lebendige Gesellschaft, in der Teilhabe und Toleranz den Alltag prägen.

Wir haben den Begriff der Generationengerechtigkeit mit Leben gefüllt. Im Interesse aller Generationen hat die CDU die notwendigen Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise zu bewältigen und gleichzeitig finanzielle Spielräume durch die gesetzliche Verankerung einer Schuldenbremse in Aussicht zu stellen.

1. Demografischer Wandel

Der demografische Wandel betrifft nahezu alle Lebensbereiche:

- Die Geburtenrate in Deutschland gehört weltweit zu den niedrigsten; die Menschen leben erfreulicherweise länger. Der Anteil der Jüngeren an der Bevölkerung nimmt deutlich ab, während der Anteil der Älteren erheblich zunimmt.
- Eine kleiner werdende Gesamtbevölkerung mit einem immer höheren Anteil von älteren Menschen wird unsere Gesellschaft und Arbeitswelt tief greifend verändern.

Um die Folgen des demografischen Wandels bewältigen zu können, müssen wir weitere Veränderungen bewirken, sei es auf dem Arbeitsmarkt, bei der Haushaltskonsolidierung, bei den Sozialen Sicherungssystemen, bei der Anpassung der öffentlichen Infrastruktur, der kommunalen Daseinsvorsorge und nicht zuletzt in der Bildungs- und Familienpolitik. Dabei

geht es auch um nachvollziehbare und gerechte Verteilung von Nutzen und Belastungen zwischen den Generationen.

2. Das Miteinander der Generationen

- Unsere Vorstellung vom Miteinander der Generationen leitet sich vom christlichen Menschenbild ab. Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind die Grundwerte, die unser Handeln bestimmen. Wir achten jeden Menschen als einmalige und unverfügbare Person in allen Lebensphasen. Die Würde des Menschen – auch des ungeborenen und des sterbenden – ist unantastbar.
- Jede Generation wächst unter anderen Bedingungen auf. Der Weg in die Wissensgesellschaft wird begleitet von neuen Anforderungen an die frühe Entfaltung der Lernfähigkeit, ihren Erhalt und ihre Weiterentwicklung. Dies verlangt von jedem Einzelnen ein hohes Maß an Flexibilität, Neugier und Lernbereitschaft sowie die Verantwortung sich selbst und anderen gegenüber.
- Wir erkennen die Lebensleistung und die Lebenserfahrung der älteren Generation an. Denn es ist die Generation, die Deutschland zu einer der erfolgreichsten Wirtschaftsnationen und die Soziale Marktwirtschaft zu einem gelebten Gesellschaftsmodell gemacht hat.
- Wir begrüßen ebenso die Bereitschaft der jungen Generation, sich den gewachsenen beruflichen Anforderungen in einer Wissensgesellschaft zu stellen und dabei Familie und Beruf miteinander in Einklang zu bringen. Wir unterstützen den Wunsch der jüngeren Generation, eine Familie zu gründen und Kinder groß zu ziehen.
- Dazu gehört für uns auch eine deutlich verstärkte solidarische Finanzierung der künstlichen Befruchtung für Paare, die sich Kinder wünschen.
- Den Jüngeren kommt mehr und mehr die Verantwortung zu, sich nicht nur um sich selbst und um die eigenen Kinder zu kümmern, sondern auch um die Eltern- und Großelterngeneration. Bedingt durch den demografischen Wandel sieht sich die junge Generation verstärkt finanziellen Belastungen ausgesetzt. In der Arbeitswelt besteht der Trend weg von langfristigen Beschäftigungsmustern hin zu flexibleren

Formen der Beschäftigung. Dadurch entsteht verstärkt Unsicherheit für die Jüngeren auf dem Arbeitsmarkt.

- Politik muss diese veränderten Lebensläufe stärker berücksichtigen, um die Solidarität der Generationen zu festigen. Junge Menschen brauchen die Zuversicht, dass sie in der Familienphase nicht überfordert werden. Ältere dürfen nicht das Gefühl haben, überflüssig oder allein zu sein.
- Lebenslanges Lernen ist eine Aufgabe, die alle Generationen betrifft. Es gibt zunehmend Ältere, die an den gesellschaftlichen Entwicklungen interessiert sind und sich engagieren wollen. Wir müssen deshalb generationenübergreifende Projekte ermöglichen und für sinnvolle Beschäftigungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für die Älteren nach ihrer aktiven Berufstätigkeit sorgen. Kirchen, Bürgerstiftungen und Verbände können bei der Schaffung eines ehrenamtlichen Netzwerkes zur Familienunterstützung wichtige Arbeit leisten.
- Wir begrüßen und fördern auch die Initiative von Älteren, sich zu Netzwerken und Freiwilligenagenturen zusammen zu schließen, um ihre Lebens- und Berufserfahrung weiterzugeben.

3. Unser Altersbild

- Ein einheitliches Bild vom älteren Menschen existiert nicht, sondern eine Vielfalt des Alters: Die ältere Generation zeichnet sich durch eine Bandbreite von aktiven, leistungsfähigen und geistig beweglichen Menschen aus. Durch die Art, wie Ältere ihr Leben heute gestalten, prägen sie auch neue Vorstellungen vom Alter als positivem Lebensabschnitt.
- Vor diesem Hintergrund lehnt die CDU jegliche Form der Altersdiskriminierung ab und setzt sich für eine vorurteilsfreie Prüfung bestehender Altersgrenzen ein. Wir fordern alle Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf, faktische Altersgrenzen in den Köpfen und im Handeln einzureißen.
- Für die ältere Generation ist nicht nur die eigene Vorsorge und die persönliche Lebensgestaltung im Anschluss an das Berufsleben eine essentielle Frage. Ihnen

geht es auch darum, ihren Kindern und Enkelkindern eine gute Ausbildung und eine sichere Zukunft zu ermöglichen.

4. Umgang der Generationen miteinander

- Werte sind unser geistiges und sittliches Fundament. Sie geben Jung und Alt Halt, bieten Orientierung im Umgang miteinander. Die Beziehung zwischen den Generationen sollte geprägt sein von gegenseitigem Respekt, von Verantwortungsgefühl und Zuwendungsbereitschaft. Uns ist es ein Anliegen, dass Jung und Alt sich um einander kümmern.
- Die ältere Generation spielt eine entscheidende Rolle und hat Vorbildcharakter bei der Vermittlung von Werten. Aber auch die junge Generation kann ihr Wissen und ihre Erfahrungen an die Älteren weitergeben. Werte und Tugenden müssen von einer Generation an die nächste weitergegeben werden, damit sich in unserer Gesellschaft weiterhin positive Traditionen und ein Gespür für die Bedürfnisse der jeweils anderen Generation ausbilden können.
- Für alle, ob jung oder alt, die nicht fit und beweglich sind, müssen wir die Lebensumwelt präventiv gestalten, beispielsweise in der Stadtplanung, im Zugang zu öffentlichen Gebäuden oder öffentlichen Verkehrsmitteln. Dazu gehört auch eine verbraucherfreundliche Produktgestaltung. Barrierefreiheit nutzt allen Verbrauchern, unabhängig von Alter und Lebenssituation.

II. Soziale Marktwirtschaft als Ordnungsrahmen

1. Die Finanzkrise als Vertrauensfrage für Wirtschaft und Staat

Die internationale Banken- und Finanzkrise stellt uns vor Herausforderungen, die es in der sechzigjährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in dieser Form noch nicht gegeben hat. Auch sind die Folgen der Krise noch nicht absehbar.

- Diese Situation verunsichert viele Menschen, die jungen wie auch die älteren. Sie fragen sich, wie sich die Krise auf die eigenen Finanzen, die Altersvorsorge oder den Arbeitsplatz auswirkt. Manche sehen sogar unsere Wirtschafts- und

Gesellschaftsordnung, die Soziale Marktwirtschaft, in Gefahr. Wir nehmen diese Sorgen ernst.

- Durch individuelle Fehler und strukturelle Schwächen ist eine der größten Vertrauenskrisen entstanden. Wir sind überzeugt, die Soziale Marktwirtschaft wird diese Krise überstehen. Sie hat sich in den letzten Jahrzehnten als tragfähiges System erwiesen und einen bis dahin unerreichten Wohlstand geschaffen.
- Das Finanzmarktstabilisierungsgesetz hat das Bankensystem vor schwerwiegenden Einschnitten bewahrt. Wir müssen weiter entschlossen handeln, um Deutschland sicher durch die Krise zu führen.

2. Soziale Marktwirtschaft und globale Ordnung

Als Exportnation ist Deutschland darauf angewiesen, an der Weltwirtschaft teilzunehmen. Wir verstehen die internationale Verflechtung der Finanzmärkte als Bestandteil der Globalisierung; wir wollen ihre Chancen nutzen und Risiken begrenzen.

- Auch in der globalisierten Welt heißt unser Erfolgsmodell Soziale Marktwirtschaft. Denn sie ist ein Programm für alle.
- Kern der Sozialen Marktwirtschaft in einer globalisierten Welt ist eine gerechte, geordnete und funktionsfähige Sozial- und Wirtschaftsordnung im globalen Maßstab.
- Wir müssen die Soziale Marktwirtschaft zu einem Exportschlager machen. Denn Soziale Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards heißt, dass die Marktwirtschaft durch einen staatlichen Ordnungsrahmen ergänzt wird. Der Markt wird dadurch nicht sich selbst überlassen. So kann er dem gesamtgesellschaftlichen Interesse besser dienen.
- Die Soziale Marktwirtschaft beruht auf den Grundsätzen der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik: Sie bedeutet ein „Ja zur Freiheit und zur Verantwortung des Einzelnen“ und ein „Ja zum Sozialen in der Wirtschaft“. Sie ist die wirtschaftlich-soziale Ordnung der freiheitlichen Demokratie. Sie bezieht ihre Stärke daraus, dass Freiheit und Verantwortung, Wettbewerb und Solidarität eine Einheit bilden und einander fördern. Sie ist sozial, weil sie den Menschen die

Möglichkeit gibt, ihrer Bestimmung zur Selbständigkeit gemäß zu leben, selbst Verantwortung zu übernehmen und für sich und die ihren zu sorgen.

- Soziale Marktwirtschaft bedeutet aber auch Teilhabe für diejenigen, die einen angemessenen Lebensstandard nicht aus eigener Kraft erarbeiten können. Damit trägt sie wesentlich zur Stabilität des Gemeinwesens bei.
- Die Soziale Marktwirtschaft kann in der heutigen Wissensgesellschaft nicht bestehen, ohne nachhaltige Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Jung und Alt zu bieten. Chancengerechtigkeit und Teilhabe in der Bildung sind gerade in der globalisierten Welt ein existenzieller Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft. Denn die Soziale Marktwirtschaft ist Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zugleich. Sie bedeutet Wohlstand und Bildung für alle.

3. Unternehmertum in Deutschland

In den vergangenen 60 Jahren haben die Älteren mit der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland positive Erfahrungen gemacht. Diese positive Tradition sollten sie weitergeben an die jüngere Generation. Soziale Marktwirtschaft heißt auch: Leistung, Wettbewerb und die Bereitschaft, Risiken zu übernehmen. Denn auch dies gehört zum Unternehmertum und ist Voraussetzung für einen leistungsfähigen Sozialstaat. Die Wirtschaftsakteure sind aber auch aufgefordert, nach unternehmerischer Ethik und mit gesamtgesellschaftlichem Verantwortungsgefühl zu agieren.

- Unser Land ist auf kreative, einsatzbereite und verantwortungsvolle Unternehmer angewiesen. Wir brauchen Unternehmer, die gemeinsam mit ihren Arbeitnehmern unter fairen Bedingungen Wertschöpfung betreiben wollen.
- In Familienunternehmen und im Mittelstand wird tausendfach vorgelebt, worauf es ankommt: Auf nachhaltiges Wirtschaften, das in Generationen und nicht in Quartalen denkt, auf die Bereitschaft zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung jenseits der Unternehmensziele im engeren Sinn. Nach unserer Vorstellung ist die Wirtschaft keine moralfreie Zone.

Die CDU ist und bleibt die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Wir sind für die Marktwirtschaft in einem starken Ordnungsrahmen, der garantiert, dass der Markt den

Menschen dient. Wenn der Markt den Menschen schadet, müssen die Rahmenbedingungen verändert werden. Für internationale Finanzmarktregeln haben wir als CDU seit Jahren geworben. Die Krise ist eine Chance, hier voran zu kommen. Sie ist auch eine Chance zu den Werten zurückzukehren, an die die Soziale Marktwirtschaft für ihren Erfolg gebunden ist: Verantwortung, Ehrlichkeit und Gemeinsinn.

4. Politik und Staat als Hüter der Ordnung

Viele Menschen fragen sich, ob Politik in der Finanzkrise überhaupt gestalten kann. Sie kann es. Der Markt dient den Menschen – wenn er gut geregelt ist. Die Staaten der Welt können dem Finanzmarkt Regeln setzen – wenn sie einig sind. Deshalb engagieren wir uns dafür, die Finanzmärkte in einem geregelten Ordnungssystem zu verankern.

- Das Verhältnis von Markt und Staat wie das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit sind keine Gegensätze, sondern sie bedingen sich. Die Verbindung zwischen Freiheit und Verantwortung bedarf der Ordnung. Die Märkte, wie wir sie kennen, brauchen eine staatliche Rahmenarchitektur, die ihre Funktionsbedingungen sichert und das Vertrauen gewährleistet, das sie selbst nicht schaffen, ohne das sie aber nicht existieren können. Daran arbeiten wir gemeinsam mit unseren europäischen Partnern.
- Der Staat ist Hüter der Ordnung einer Sozialen Marktwirtschaft und sollte sich grundsätzlich auf diese Funktion konzentrieren. Das hat Deutschland jahrzehntelang Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und sozialen Frieden gesichert. Die Turbulenzen an den Finanzmärkten haben gezeigt, welcher Schaden entstehen kann, wenn es international an der entsprechenden Einsicht und Aufsicht fehlt. Erforderlich ist, den Gedanken eines verlässlichen Ordnungsrahmens auf die internationale Organisation unserer Kapitalmärkte zu übertragen. Die unionsgeführte Bundesregierung hat in dieser Krisensituation entschlossen reagiert und verantwortlich gehandelt.

Wir haben erlebt, dass in der gegenwärtigen Krise die Selbstreinigungskräfte des Marktes nicht mehr helfen, sondern der Staat eingreifen musste: Nicht zur Steuerung der Wirtschaft,

sondern zur Sicherstellung des funktionierenden Marktes. Hätte der Staat nicht helfend eingegriffen, wären die Märkte in kürzester Zeit zusammengebrochen.

- Die Konjunkturpakete und damit verbundenen staatlichen Eingriffe sind notwendig, um schwerste Störungen für unsere gesamte Wirtschaft und damit Gefahren für alle Bürger zu verhindern. Finanzmarktstabilität ist ein öffentliches Gut – ohne sie werden die Betriebe nicht mit Krediten versorgt und die Sparer können ihr Geld nicht sicher und gewinnbringend anlegen.
- Neue Investitionen zur Konjunkturbelebung sollen einen Beitrag zum Wachstum der Zukunft leisten. Neben Bildungsinvestitionen gilt dies für besonders für lange vernachlässigte Investitionen in Infrastruktur, besonders im Verkehrsbereich. Dieser Grundsatz gilt über das Konjunkturpaket hinaus.
- Durch die Maßnahmen der unionsgeführten Bundesregierung wird Unternehmen und Bürgern eine Brücke gebaut, damit die Folgen der weltweiten Krise aufgefangen werden können.
- Bei solchen Eingriffen sind Sorgfalt und Zurückhaltung geboten, damit die Steuerzahler nicht vergeblich belastet werden und der Wettbewerb nicht verzerrt wird. Unternehmen, die keine Erfolg versprechende Perspektive am Markt haben, oder solche, die durch eigenes Verschulden in Not geraten sind, dürfen aus Gründen der Fairness im Wettbewerb nicht mit Steuergeldern künstlich am Leben gehalten werden. Gerade bei Industrieunternehmen bietet ein Insolvenzverfahren die besseren Aussichten für eine nachhaltige Sanierung. Staatliches Engagement ist in der Vergangenheit schon oft gescheitert (zuletzt bei Holzmann).
- Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Wo er eingreift, wird er sich auch wieder zurückziehen, sobald die Krise bewältigt ist. Außerdem gilt: Wer sich in schlechten Zeiten Geld leiht, muss es auch in guten Zeiten zurückzahlen. Deshalb wurden der Tilgungsplan und die Schuldenbremse initiiert. Sobald wir erreicht haben, dass die öffentlichen Haushalte ausgeglichen sind, müssen wir wieder stärker Rücksicht auf die kommenden Generationen nehmen.
- In Zeiten der Krise dürfen wir nicht vergessen, dass bereits in der Vergangenheit Schulden aufgebaut wurden, die kommende Generationen belasten und

Handlungsspielräume nehmen. Wir setzen uns dafür ein, dass die jüngeren Generationen durch eine Überschuldung nicht überfordert werden dürfen.

- Deshalb unterstützt die ältere Generation jede Bemühung, die Staatsverschuldung abzubauen, auch im Interesse der jüngeren Generation.

5. Mittelstand – Rückgrat unserer Wirtschaft

Wir brauchen in Deutschland nicht nur Konzerne, sondern auch eine starke mittelständische Wirtschaft. Deshalb dürfen wir den Mittelstand als Rückgrat der Wirtschaft zum Beispiel in der Steuerpolitik auch nicht vernachlässigen.

- Durch die Finanzkrise ist die Kreditvergabe der Banken ins Stocken geraten. Darunter leiden vor allem viele Unternehmen und Mittelständler, die Schwierigkeiten haben, Kredite zu erhalten.
- Es ist gerade der Mittelstand, in dem Bindungen häufig noch zählen: die familiäre Tradition und Unternehmensführung, der persönliche Kontakt zu Geschäftspartnern und Kunden sowie das gegenseitige Vertrauen. Damit sind Werte verbunden, die wichtige Voraussetzungen dafür sind, dass der Markt funktioniert. Wirtschaft hat ebenso viel mit Maßhalten, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Fairness, Anstand im Umgang miteinander, Sitten und Tugenden wie mit Betriebswirtschaft und Buchhaltung zu tun.
- Diese Tugenden dürfen nicht aus unserem Blick geraten. Werte müssen wir auch in der von Globalisierung geprägten Informationsgesellschaft erhalten. Wirtschaft lebt vom Miteinander, vom Austausch auf langfristiger Basis, Wirtschaft lebt auch von Tradition und Erfahrung – gerade in unserer schnelllebigen Welt. Es wird darauf ankommen, diese Werte auch in der globalisierten Informationsgesellschaft zu erhalten.

III. Eine Politik für alle Generationen

Unsere Politik bringt die Werte und Erfahrungen der Vergangenheit mit den Herausforderungen der Zukunft in Einklang. Bei ihrer Gestaltung orientieren wir uns an wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realitäten. Dabei finden die Belange der älteren Generation genauso Berücksichtigung, wie die Interessen der jungen und der kommenden Generationen.

1. Soziale Sicherheit für alle erhalten

Die Sozialen Sicherungssysteme haben in den vergangenen Jahrzehnten zuverlässigen Schutz bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Pflegebedürftigkeit und auch im Alter geboten. Ihre Funktionsfähigkeit beruht auf der Solidarität zwischen den Generationen. Vielfach haben sie ihre Anpassungsfähigkeit an veränderte Rahmenbedingungen unter Beweis gestellt. Unter schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen und der gegenwärtigen demografischen Entwicklung gestalten wir die Systeme zum Wohle aller Generationen weiter.

2. Sicherheit im Alter

Die internationale Finanzkrise und ihre Folgen bilden eine Herausforderung für die Alterssicherungssysteme. Wir sind deshalb den Weg gegangen, für eine sicherheitsorientierte Balance der Säulen der Alterssicherung zu sorgen, um Risiken zu minimieren.

- Zu Beginn der Legislaturperiode stand die gesetzliche Rentenversicherung vor großen Herausforderungen. Heute können wir feststellen, dass der Generationenvertrag durch die Regierung Merkel auf eine solidere Basis gestellt wurde. Sie ist finanziell konsolidiert und kann den Herausforderungen der Finanzkrise gestärkt entgegenreten. Für die staatlich geförderten kapitalfundierte Systeme haben wir Regelungen geschaffen, die ein hohes Maß an Sicherheit und Verlässlichkeit gewährleisten.
- In der kommenden Legislaturperiode wird es darum gehen, die Alterssicherungssysteme so fortzuentwickeln, dass Altersarmut langfristig

verhindert wird, finanzielle Stabilität gewahrt bleibt und Gerechtigkeitslücken geschlossen werden.

In der Rentenpolitik orientieren wir uns an folgenden Prinzipien:

- In der Altersvorsorge hat Planungssicherheit für die Menschen hohe Priorität. Junge Menschen müssen darauf vertrauen können, dass die Grundprinzipien auf denen ihre Vorsorge für das Alter aufgebaut wurde, auch in der Zukunft noch gelten.
- Ältere Menschen müssen die Gewissheit haben, dass ihre Altersvorsorge einen finanziell auskömmlichen Lebensabend garantiert. Deshalb werden wir uns auch künftig für eine Rentenentwicklung einsetzen, die den Rentnerinnen und Rentnern eine verlässliche und gerechte Beteiligung an der allgemeinen Einkommensentwicklung gewährleistet, ohne der jüngeren Generation Chancen auf Entfaltung und Wohlstand zu nehmen.
- Bei jeder Entscheidung, die im Bereich der Alterssicherung getroffen werden muss, lassen wir uns in Zukunft noch stärker von den Prinzipien der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit leiten.

Die gesetzliche Rentenversicherung ist ein erfolgreiches Instrument zur Vermeidung von Armut im Alter und muss auch in Zukunft als wesentliches Element zur Alterssicherung beitragen. Wir sind stolz darauf, dass wenige Menschen auf ergänzende Sozialleistungen im Alter angewiesen sind und setzen uns dafür ein, dass die Menschen auch künftig ein finanziell gesichertes Leben im Alter führen können.

- Durch veränderte wirtschaftliche und demografische Bedingungen besteht in Zukunft die Gefahr einer ansteigenden Altersarmut. Wir werden diese Gefahr eindämmen und uns dafür einsetzen, dass jeder, der ein Leben lang Vollzeit beschäftigt war, eine Rente oberhalb der Armutsgrenze erhält. Diese werden wir bedarfsabhängig und steuerfinanziert ausgestalten.
- Als Partei der deutschen Einheit streben wir die Vollendung der Einheit auch im Rentenrecht an.

- Für ein wirtschaftlich gesichertes Leben im Alter ist in Zukunft mehr Eigenvorsorge notwendig. Wir stellen fest, dass es insbesondere der jüngeren Generation aufgrund der starken Belastung durch Steuern und Abgaben schwer fällt, ergänzend für das eigene Alter vorzusorgen. Hier müssen wir ansetzen und finanzielle Spielräume schaffen.
- Wir möchten, dass künftig weitere Personengruppen die staatlich geförderte Altersvorsorge in Anspruch nehmen können. Deshalb werden wir aus Gründen der Gerechtigkeit den Kreis der Förderberechtigten auf Selbständige ausdehnen.

3. Gesundheit für alle

Im Mittelpunkt unserer Gesundheitspolitik stehen die Patienten und Versicherten. Wir wollen, dass unabhängig von Einkommen, Alter, sozialem Status oder gesundheitlichem Risiko, jeder eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung erhält und alle am medizinischen Fortschritt teilhaben können.

Die Gesundheitswirtschaft ist gegenwärtig mit rund fünf Millionen Beschäftigten und einem Jahresumsatz von über 280 Milliarden Euro die größte Wachstumsbranche in Deutschland. Der medizinisch-technische Fortschritt, der demografische Wandel und ein zunehmendes Gesundheitsbewusstsein sprechen dafür, dass diese Branche auch in Zukunft auf Wachstums- und Beschäftigungskurs bleiben wird. Die Gesundheitsforschung trägt dazu bei, mit Innovationen die Lebensqualität von Menschen aller Lebensalter zu erhöhen und gleichzeitig die Finanzierbarkeit des Gesundheitssystems zu sichern.

Alle gesundheitspolitischen Maßnahmen müssen sich an dem Ziel ausrichten, die Qualität der Versorgung zu verbessern, Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten der Versicherten zu erhöhen und insgesamt durch mehr Wirtschaftlichkeit, Transparenz, Wettbewerb und Bürokratieabbau die Finanzierbarkeit der gesundheitlichen Versorgung zu sichern.

- Aufgrund des demografischen Wandels und des medizinischen und medizinisch-technischen Fortschritts müssen Struktur, Organisation und Finanzierung sowohl der gesetzlichen als auch der privaten Krankenversicherung weiterentwickelt

werden. Dabei bleibt die private Krankenversicherung als Vollversicherung weiterhin bestehen.

- Wir fordern, dass bei der Aus- und Weiterbildung aller medizinischen Berufe die Gerontologie und Geriatrie einen größeren Stellenwert erhalten; häufig sind Altersbilder von Ärzten nicht am „normalen Altern“, sondern als den Krankheiten im Alter orientiert – so dass manche Rehabilitationsmöglichkeiten nicht wahrgenommen werden. Ausgebaut und unterstützt werden müssen ebenfalls palliativmedizinische Einrichtungen und Hospize.
- Eigenverantwortung, Vorsorge und Prävention müssen weiter gestärkt, Effizienz- und Wirtschaftlichkeitspotenziale ausgeschöpft sowie individuelle Wahlmöglichkeiten und Entscheidungsspielräume ausgeweitet werden. Dabei müssen zusätzliche Belastungen für die Versicherten in Grenzen gehalten werden.
- Freie Arzt- und Krankenhauswahl und freie Gesundheitsberufe gehören zum Kern eines freiheitlichen Gesundheitswesens. Mit den Reformen im Bereich der Krankenhäuser haben wir die Grundlage für einen neuen ordnungspolitischen Rahmen geschaffen.
- Die Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung im deutschen Gesundheitswesen hat hohe Priorität. Deshalb werden wir die Prävention zu einer eigenständigen Säule neben der Akutbehandlung, der Rehabilitation und der Pflege ausbauen. Jeder kann durch eine gesundheitsbewusste Lebensweise der Entstehung oder Verschlimmerung von Krankheiten vorbeugen und seine Gesundheit selbst fördern. Gleichzeitig ist es eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft, die Bedeutung von Prävention und Gesundheitsförderung deutlich zu machen und Unterstützung zu leisten, wo Menschen nicht von sich aus zu gesundheitsbewusstem Verhalten in der Lage sind.

4. Verbesserung der Pflege

- Die Union hat 1995 die Pflegeversicherung eingeführt. Unter der von ihr geführten Bundesregierung wurden erstmals die Leistungen angehoben. Ziel ist es, ein real konstantes Niveau der Pflegeleistung sicherzustellen und einen steigenden

Zuzahlungsbedarf zu Lasten der Pflegebedürftigen, ihrer Angehörigen und der Sozialhilfeträger zu verhindern. Es ist auch gelungen, mehr Zuwendung für die Betroffenen, insbesondere für Demenzkranke, mehr Qualität und Transparenz und weniger Bürokratie durchzusetzen.

- Die Pflegeversicherung muss auch in Zukunft einen verlässlichen Beitrag zur Absicherung des Pflegerisikos leisten und eine hohe Qualität von Betreuung und Pflege bieten. Eine umfassende Pflicht zur Absicherung ist auch in Zukunft unverzichtbar. Sie entbindet jedoch den Einzelnen nicht davon, seine Eigenverantwortung und -initiative zur Absicherung des Pflegerisikos und zur Gestaltung der Pflege wahrzunehmen.
- Um die Pflegeversicherung auf eine breitere zukunftsfähige Finanzierungsbasis zu stellen, soll die Umlagefinanzierung im Sinne der Generationengerechtigkeit stufenweise um solidarische Prämienelemente ergänzt werden. Dabei soll die Erziehungsleistung von Eltern berücksichtigt und ein sozialer Ausgleich aus Haushaltsmitteln vorgenommen werden.
- Eine neue Definition der Pflegebedürftigkeit kann zur besseren Teilhabe pflegebedürftiger Menschen beitragen und für mehr Leistungsgerechtigkeit in der Pflegeversicherung sorgen. Vor allem altersverwirrte Menschen können so stärker von Leistungen der Pflegeversicherung profitieren.
- Die Arbeit der Kranken- und Altenpflege muss attraktiver werden und zur Professionalisierung der Pflege beitragen. Im Rahmen der Reform der Pflegeversicherung haben wir deshalb den Beruf der Kranken- und Altenpflege gestärkt. Dafür steht, dass mehr eigenverantwortliche Leistungen übernommen und zum Teil – begonnen im Modellvorhaben – ärztliche Tätigkeiten auf das Pflegepersonal übertragen werden können.

5. Für eine nachhaltige Familien- und Bildungspolitik

Das Fundament unserer Gesellschaft bildet die Familie. Zur Familie gehören alle Generationen. Familie ist unabdingbar verbunden mit der Vermittlung von Werten und dem Miteinander der Generationen.

- Unser Leitbild von der Familie ist die Ehe mit Kindern. Deshalb treten wir dafür ein, das Ehegattensplitting voll zu erhalten und zu einem Familiensplitting zu erweitern, um die besonderen Belastungen von Familien mit Kindern besser ausgleichen zu können.
- Die Lebensentwürfe und Lebensumstände, in denen Familie stattfindet, haben sich jedoch in den vergangenen Jahrzehnten verändert. Wir haben auch dafür gleichwertige Antworten.
- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist Kernbestandteil christlich-demokratischer Politik und unser zentrales familienpolitisches Ziel. Mit dem Betreuungsgeld, Elterngeld und erweiterten Betreuungsangeboten unterstützen wir die Familien. Und wir helfen einkommensschwachen Familien mit dem Ausbau des Kinderzuschlags.
- Wir wollen alle Familien stärken, auch diejenigen, die mit der Erziehungsarbeit überfordert sind. Dazu wurde das Aktionsprogramm „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme“ initiiert.

Wir als Christlich Demokratische Union setzen uns ein für die Bildungsrepublik Deutschland: Die Teilhabe aller an Bildung und Ausbildung ist nicht nur eine wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern auch ein Gebot der Chancengerechtigkeit. Wir wollen Aufstieg durch Bildung ermöglichen. Denn Bildung ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes und verantwortungsbewusstes Leben. Gut ausgebildete Menschen sind das Fundament unserer kulturellen Entwicklung und unseres wirtschaftlichen Erfolges in der Zukunft. Bildung für alle ist die Basis, um den globalen Wettlauf um Wissen, aber auch den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft erfolgreich zu gestalten.

- Erziehung und Bildung beginnt im Elternhaus. Aber auch der Staat trägt Verantwortung für die Teilhabechancen von Kindern an Bildung und beruflicher Qualifikation und baut deshalb das öffentliche Betreuungsangebot kontinuierlich aus. Von entscheidender Bedeutung ist die Qualität von Betreuungs- und

Bildungseinrichtungen wie Kindergärten, Grundschulen und weiterführenden Schulen.

- Die Herkunft darf nicht über die Zukunft eines Kindes entscheiden. Sprache ist der Schlüssel zum Verständnis von Inhalten und Zusammenhängen. Deshalb setzen wir uns für die frühkindliche Sprachförderung und Familien unterstützende Angebote ein. Wir stehen für ein gegliedertes Schulsystem, das Durchlässigkeit gewährt. Unsere Aufgabe wird sein, die Zahl der Schul- und Ausbildungsabbrecher erheblich zu reduzieren.
- Zum Aufstieg durch Bildung gehören auch eine anschlussfähige Weiterqualifizierung nach dem Schulabschluss ohne Warteschleifen, durchlässige Übergänge zwischen beruflicher und akademischer Bildung, berufsbegleitende Studienangebote und auch die Förderung begabter Schülerinnen und Schüler durch Forschungsstipendien.

Eine innovative Wissensgesellschaft braucht gut ausgebildete, leistungsorientierte und motivierte Fachkräfte. Wir müssen alles daran setzen, diesen eine Perspektive in Deutschland zu bieten und somit eine Abwanderung ins Ausland zu verhindern.

Nie war es wichtiger als heute, dass Jung und Alt die Zukunft für die kommenden Generationen und für unser Land gemeinsam gestalten. Im Bewusstsein, dass alle Generationen durch historische und persönliche Erfahrungen geprägt wurden, gestalten die jüngere und die ältere Generation die Politik in der CDU. Wir nehmen die Sorgen, Hoffnungen und Wünsche der Menschen in unserem Land ernst und bringen sie mit den Erfordernissen der Zukunft in Einklang.

Der Zusammenhalt der Generationen kann nur dann funktionieren, wenn sich jeder Einzelne seiner Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft bewusst ist und diese wahrnimmt, sei es in der schulischen oder beruflichen Ausbildung, am Arbeitsplatz, in der Familie oder im Ehrenamt. Unser Anspruch ist: Jeder gibt sein Bestes, dann gewinnen wir die Zukunft!